



Niederschrift

Sitzung des Personal- und Digitalisierungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 30.01.2025
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:37 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Björn Bock, FDP

Stadtverordnete/r

Andrea Reichelt, SPD

Dr. Manfred Fleckenstein, SPD

Jörg Schoog, SPD

Detlef Knehaus, SPD

Vertretung für: Stefan Michael Kuklik

Dieter Gronowski, CDU

Gabriele Spiertz, CDU

Thorsten Schlebusch, CDU

Dr. Bernd Fasel, B 90/DIE GRÜNEN

Thomas Kosel, B 90/DIE GRÜNEN

Bruno Barth, UBL

Vertretung für: Hartmut Prast

Beratendes Mitgl.

Holger Puzicha,

Angelika Herbst,

Verwaltung

Doris Havertz, Erste Beigeordnete und
Stadtkämmerin

Markus Schlösser,

Annemarie Clermont-Karow,

Florian Birken,

Andreas Mueller,

Jennifer Zeller,

Jessica Arns,

Abwesende Mitglieder

Stadtverordnete/r

Stefan Michael Kuklik, SPD
Hartmut Prast, UBL

entschuldigt
entschuldigt

Gäste: Frau Tanja Fabian von der StädteRegion Aachen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil (von 18:00 Uhr bis 20:22 Uhr)

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| 1 | Eröffnung der öffentlichen Sitzung | |
| 2 | Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Herzogenrath | |
| 3 | Beschlusskontrolle | V/2021/044-E13 |
| 4 | Mängelmelder-App Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.01.2022
hier: Weitere Vorgehensweise | V/2022/161-E03 |
| 5 | Einführung des Kommunalen Gebärdensprach-Avatars (KGA) zur Unterstützung von gehörlosen Menschen auf dem städtischen Internetauftritt.
Hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 03.12.2024 | V/2024/274-E02 |
| 6 | Beratung des Stellenplanes 2024/2025; freie Stellen(-anteile); hier: Anfrage der UBL-Fraktion vom 24.09.2024 | V/2024/036-E05 |
| 7 | Beratung des Stellenplanes 2024/2025; hier: Anpassung des Stellenplanes | V/2024/036-E04 |
| 8 | Digitale Infrastruktur in der StädteRegion
hier: Mobilfunkkoordination in Herzogenrath | V/2025/019 |
| 9 | Bericht und Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zum Status Quo der Stellenbesetzungsverfahren
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2024 | V/2025/021 |
| 10 | Informationen und Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil (von 20:23 Uhr bis 20:37 Uhr)

- | | |
|----|---|
| 11 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung |
| 12 | Informationen des Personalrates |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu Top 1: **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Der Vorsitzende Herr Bock eröffnet um 18.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Er stellt fest, dass sowohl form- als auch fristgerecht eingeladen wurde und die Niederschrift der letzten Sitzung vorliegt.

Des Weiteren werden die Vertretungen abgefragt.

Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen nicht.

Zu Top 2: **Einwohnerfragestunde gemäß § 48 GO NRW in Verbindung mit § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Herzogenrath**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Top 3: **Beschlusskontrolle**

Das Gremium bittet zukünftig darum, in der Anlage zur Beschlusskontrolle darauf zu achten, nur tatsächlich neue Punkte mit dem entsprechenden „X“ zu versehen.

Das geplante Treffen bzgl. des Berichtes zum Gleichstellungsplan habe stattgefunden, man beabsichtige hier einen entsprechenden Bericht über die StädteRegion Aachen in die Bürgermeisterkonferenz zu geben um einen aussagekräftigen Vergleich erzielen zu können.

Die CDU Fraktion erkundigt sich nach den Punkten 5 und 6 der Beschlusskontrolle.

Frau Havertz berichtet hierzu, dass bzgl. Punkt 5 aktuell noch Pläne und Informationen ausgetauscht werden.

In Bezug auf Punkt 6 erläutert Frau Havertz, dass es sich hierbei mittlerweile um einen etablierten Prozess handle und schlägt dementsprechend vor, diesen Punkt von der Beschlusskontrolle zu nehmen und stattdessen einmal jährlich im Rahmen der Sitzung hierzu zu berichten.

Beschluss:

Der Personal- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Top 4: **Mängelmelder-App Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.01.2022**

hier: Weitere Vorgehensweise

Die SPD Fraktion bemängelt die Vorlage, da sie dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen widerspreche. Es handle sich hier weder um eine transparente Plattform noch um eine App sondern eher um eine Notlösung. Die CDU Fraktion schließt sich dem vom Tenor her an, betont aber auch noch einmal die Wichtigkeit eines Mängelmelders und hier auch insbesondere eine Rückmeldung an die Bürger*innen im Rahmen der Nutzung.

Darüber hinaus wird angeregt, den Kontakt zur StädteRegion Aachen zu suchen, da hier ein Mitarbeiter sich bereits intensiv mit der Thematik „Mängelmelder“ im Rahmen seiner Bachelorarbeit auseinandergesetzt habe.

Frau Havertz bestätigt hier den Eindruck eines äußerst langwierigen Prozesses. Man habe zuletzt das kostenfreie Tool des Landes ausprobiert, dieses sei aber nicht kompatibel mit den verwaltungsinternen Prozessen gewesen. Auch ein weiteres Tool wäre ebenfalls nicht erfolgsversprechend.

Herr Barth betont auch noch einmal die dringende Erforderlichkeit einer zeitnahen Rückmeldung an die Bürger*innen und schlägt eine Änderung des Beschlussvorschlages hinsichtlich einer Übergangslösung vor. Die SPD Fraktion schließt sich Herr Barth an und trägt einen ersten geänderten Beschlussvorschlag vor.

Herr Müller stellt dem Gremium die aktuelle Übergangslösung als einen ersten Entwurf vor und beantwortet die Fragen der Fraktionen.

Frau Havertz betont abschließend, dass selbstverständlich jedes Tool am Ende Kosten verursache und die somit benötigten finanziellen Mittel an anderer Stelle im ohnehin knappen Digitalisierungsbudget eingespart werden müssten.

Die Überwachung der Mängel erfolge wie auch bei bisher angezeigten Mängeln über das Bürgermeisterbüro.

Herr Bock bittet darum, den geänderten Beschlussvorschlag seitens Herrn Barth und der SPD Fraktion der Verwaltung zukommen zu lassen und lässt im Anschluss über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss geändert:

Der Personal- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der geplanten weiteren Vorgehensweise zur Nutzung des Service-Portals zur Meldung von Mängeln zu. Der Ausschuss sieht die jetzt angestrebte Mängelmelderfunktion im Servicepool lediglich als Übergangslösung an und beauftragt die Verwaltung, möglichst bis zum Jahresende alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine voll funktionsfähige Plattform mit Mängelmelder-App installiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu Top 5:

Einführung des Kommunalen Gebärdensprach-Avatars (KGA) zur Unterstützung von gehörlosen Menschen auf dem städtischen Internetauftritt.

Hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 03.12.2024

Die SPD Fraktion begrüßt die Vorlage der Verwaltung, dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu entsprechen und den Kommunalen Gebärdensprach-Avatar (KGA) für zunächst zwei Jahre zu testen. Die CDU Fraktion schließt sich hier an, bittet aber darauf zu achten, eventuelle zusätzliche Kosten im Auge zu behalten. Die SPD Fraktion erläutert, dass lediglich individuelle Aufträge außerhalb des Baukastenprinzips zusätzliche Kosten verursachen würden.

Herr Bock lässt über den Beschluss abstimmen unter der Annahme, dass die benötigten Haushaltsmittel bereit stünden, da dies der Vorlage nicht zu entnehmen sei.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Bürgeranregung des Behindertenforums

nachzukommen und den Kommunalen Gebärdensprach-Avatar (KGA) für zunächst zwei Jahre auf dem städtischen Internetauftritt einzuführen. Damit sollen gehörlose Bürgerinnen und Bürger künftig bei der Nutzung städtischer Online-Dienste unterstützt werden. Die notwendigen Mittel in Höhe von ca. 1.000,- Euro jährlich sind bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu Top 6: **Beratung des Stellenplanes 2024/2025; freie Stellen(-anteile); hier: Anfrage der UBL-Fraktion vom 24.09.2024**

Herr Bock erteilt Herrn Barth das Wort. Dieser zeigt sich zufrieden mit der aussagekräftigen Vorlage und sieht hier eine gute Grundlage für eventuelle zukünftige Anträge. Die CDU Fraktion schließt sich hier an. Seitens der SPD Fraktion wird darüber hinaus, wie auf Seite drei der Vorlage angekündigt, die Verwaltung gebeten, mündlich zu berichten. Außerdem wird darum gebeten, den großen Unterschied von 11 Stellen bezogen auf Ein- und Austritte im A 66 zu erläutern.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass es sich generell eben nicht um 11 Stellen, sondern 11 Mitarbeitende handele und somit bei einer erhöhten Fluktuation es zu mehr Austritten auf einer Stelle in Jahreszeitraum kommen könne. Abgesehen davon lägen in diesem Bereich aber auch Defizite in Bezug auf unbesetzte Stellen vor. Es wird seitens SPD Fraktion und Herrn Barth darum gebeten, dies noch einmal anschaulicher in der Niederschrift darzustellen.

Im Rahmen der Aussprache wurde die Diskrepanz zwischen den Austritten (17) und den Eintritten (6) bei A 66 angesprochen.

Diese erklärt sich wie folgt:

Bei den Eintritten flossen 2 Wiedereintritte nicht in die Auswertung ein, da es sich systemisch um die Reaktivierung von bereits bestehenden Personalfällen handelte, die nicht als Eintritt ausgeworfen werden.

Darüber hinaus wurde eine Stelle bereits 2023 nachbesetzt -fiel demnach nicht in den Auswertungszeitraum- und 5 Stellen konnten zwischenzeitlich Anfang des Jahres besetzt werden.

Auf Seiten der Austritte wurde das Ausscheiden von 2 studentischen Hilfskräften berücksichtigt, deren Nachbesetzung nicht anstand, und ein leider verstorbener Mitarbeiter, der über das Teilhabe-Chancen-Projekt beschäftigt wurde. Ein Ersatz ist bislang nicht intendiert.

Herr Birken berichtet abschließend noch über die aktuellen Ausschreibungsverfahren. Die CDU Fraktion erkundigt sich hierzu insbesondere zur Problematik der zeitnahen Wiederbesetzung der Stellen bei der Straßenverkehrsbehörde. Frau Havertz gibt an, sich hier im Stellenbesetzungsverfahren breiter aufzustellen zu wollen, um mehr potenzielle Bewerber*innen zu erreichen. Die CDU Fraktion fragt an, ob die Bewertung der Stelle eventuell auch ein Grund für die bisher erfolglosen Ausschreibungen sein könne. Frau Havertz klärt hierzu auf, dass Stellenbewertungen in einem analytischen Bewertungsverfahren grundsätzlich abhängig von den Stellenaufgaben seien und somit wenig flexibel. Abgesehen davon könne man sich seitens der Verwaltung vorstellen, hier im Einzelfall mit einer Fachkräftezulage zu arbeiten.

Beschluss:

Der Personal- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu Top 7: **Beratung des Stellenplanes 2024/2025; hier: Anpassung des Stellenplanes**

Die CDU Fraktion lobt die Vorlage als schlüssig, merkt jedoch die finanzielle Mehrbelastung ohne Betrachtung der Personalkosten für Auszubildende in Höhe von mehr als einer ½ Million Euro an im Hinblick auf die aktuelle Haushaltssituation. Frau Havertz führt an, dass in der Aufstellung z.B. zwei Stellen im Klimaschutzbereich enthalten seien, die zu 90 % gefördert seien. Diese würden bereits die Mehrbelastung relativieren.

Auf Herrn Barths Nachfrage erklärt Frau Havertz, dass das „X“ unter dem Punkt „Haushaltsmittel stehen zur Verfügung“ falsch gesetzt sei. Im Bereich der Personalkosten würde in den vergangenen Jahren grundsätzlich mit Ausgaben unterhalb des Haushaltsansatzes abgeschlossen und dies würde auch voraussichtlich in diesem Jahr so sein.

Die Stelle der stellv. Leitung Stadtplanung sei regulär im Stellenplan enthalten, aber nach wie vor vakant und folglich hier nicht als neue Stelle aufgeführt. Abschließend ergänzt die Verwaltung noch, dass die Stelle „Sachgebietsleitung allgemeine Verwaltung Feuerwehr“ im Stellenplan aktuell noch mit A 11 erfasst sei, es sich hierbei jedoch tatsächlich um eine nach A 12 bewertete Stelle handele und erläutert letzte Rückfragen.

Nach Abzug der Kosten für Auszubildende und der geförderten Personalkosten, jedoch zuzüglich der Mehrkosten für die Stelle „Sachgebietsleitung allgemeine Verwaltung Feuerwehr“ (Umwandlung von A 11 nach A 12) entstehen insgesamt Mehrkosten in Höhe von 408.200 €. Das Gremium lobt die zusätzliche Springerstelle im Kindertagesbereich zur Reduzierung von Ausfallzeiten

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11 (einstimmig)

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

Zu Top 8: **Digitale Infrastruktur in der StädteRegion**
hier: Mobilfunkkoordination in Herzogenrath

Frau Tanja Fabian von S 85 Stabsstelle für Strukturentwicklung, Tourismus, Europa und Ehrenamt der StädteRegion Aachen bedankt sich für die Einladung und berichtet in Form einer PowerPoint-Präsentation über die Entwicklung der letzten zwei Jahre im Bereich der Mobilfunkkoordination mit Fokus auf die durchgeführte Mobilfunkanalyse mit der die Mobilfunkqualität in der StädteRegion Aachen gemessen wurde.

Frau Fabian beantwortet im Anschluss die Fragen des Gremiums und nimmt Informationen und Anregungen der Fraktionen für die weitere Tätigkeit bis Ende August 2025 an, mit dem Ziel das Thema der Grenzproblematik bis dahin noch zufriedenstellend abschließen zu können.

Das Gremium bedankt sich bei Frau Fabian für ihr Engagement sowie ihren informativen und aufschlussreichen Vortrag.

Beschluss:

Der Personal- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Ausführungen von Frau Fabian (StädteRegion Aachen) zur Kenntnis.

Zu Top 9:

**Bericht und Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels
und zum Status Quo der Stellenbesetzungsverfahren**

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2024

Frau Clermont-Karow und Frau Arns stellen einen Überblick zur Mitarbeiterbindung bei der Stadt Herzogenrath vor. Die Verwaltung beantwortet Rückfragen des Gremiums zu den Themen Fachkräftezulagen, Stellenbewertung, Boardingprozesse, LOB, „Mitarbeiter werben Mitarbeiter“, Mitarbeiterjahresgespräche, Betriebssportgemeinschaft sowie Verwaltungslehrgänge.

Herr Barth bittet um zeitnahe Vorstellung des noch zu erstellenden Konzeptes zur Gewährung von Fachkräftezulagen.

Das Gremium bedankt sich für den informativen Vortrag und konstruktiven Austausch.

Beschluss:

Der Personal- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Top 10:

Informationen und Anfragen

Herr Bock berichtet über das stattgefundenene Treffen der Arbeitsgruppe „Smart City“ und bittet die Verwaltung, wie im Treffen bereits zugesagt, hier in den Austausch mit anderen Kommunen zu gehen, um das Thema „Smart City“ kommunenübergreifend gemeinsam weiter anzugehen.

Herr Bock schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.22 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Herzogenrath, 16.04.2025

Björn Bock Vorsitz	Jennifer Zeller Schriftführung